

Leistung muss sich wieder lohnen

Seit knapp hundert Tagen ist Kurt Beck SPD-Chef. In der "Welt am Sonntag" skizziert er erstmals sein Modell für Deutschland. Gegen eine Drittelgesellschaft aus Gewinnern, Verlorenen und einer tief verunsicherten Mitte müsse sich die Sozialdemokratie auf ihr Credo besinnen: Eine Gesellschaft, die Aufstieg durch Leistung ermöglicht.

von Kurt Beck



Kurt Beck ist seit 1994
Ministerpräsident von
Rheinland-Pfalz und seit
April 2006 Parteichef der
SPD

Foto: dpa

Vor wenigen Wochen wurde gemeldet, dass die internationalen Top-25-Manager von Hedgefonds 2005 im Schnitt 363 Millionen Dollar pro Kopf verdient haben - eine für normale Menschen unvorstellbare Zahl. Gleichzeitig häufen sich Entlassungen bei gesunden Unternehmen. Millionen von Arbeitnehmern müssen sich mit Lohnsteigerungen begnügen, die kaum die Teuerungsrate ausgleichen. Nach Maßstab der Industrieländerorganisation OECD liegt ein Fünftel der Arbeitslöhne in Deutschland unter der Niedriglohnschwelle.

Darin steckt der Widerspruch, den wir alle tagtäglich erleben: Die Wirtschaft in Deutschland feiert wieder Erfolge, aber eine große Zahl von Menschen bleibt davon ausgeschlossen. Wachsende Teile unserer Wirtschaft und Gesellschaft funktionieren so wie das Showgeschäft, wo nur derjenige profitiert, der am meisten Aufmerksamkeit auf sich ziehen kann - manche Beobachter nennen das die "Winner-takes-it-all-Gesellschaft".

Ein Blick auf die soziale Lage unseres Landes zeigt längst ein gebrochenes Bild. Zum Glück gibt es gute Nachrichten bei Wachstum und Arbeitsmarkt, aber die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Entwicklung wird größer. Sie wächst materiell und kulturell, sowohl was die Chancen angeht als auch im gegenseitigen Unverständnis. Alltagsfremde Managersprache weckt bei Langzeitarbeitslosen ohnmächtige Wut gegen "die da oben". Und der Ärger verunsicherter Belegschaften wird nicht nur von rechten und linken Populisten instrumentalisiert. In Chefetagen, die nur auf Marktgesetze eingeschworen sind, führt er höchstens noch zu einem achtlosen Schulterzucken.

Einwanderer ohne Schulabschluss, die über schwache Deutschkenntnisse nicht hinauskommen, finden keinen Zugang zur deutschen Gesellschaft. Keinen Zugang finden auch viele Kinder von Arbeitslosengeld-II-Empfängern, die mit der Resignation der Eltern groß werden. Auf der anderen Seite streben höchstmotivierte Studienabgänger in Berufe, in denen außer erstklassiger Qualifikation zwei, drei oder mehr Sprachen gefordert sind. Die Lebenswege der einen und der anderen berühren sich kaum noch. Die Einkommenschancen beider Gruppen fallen so weit auseinander, dass das radikal ungleiche Vermögen, das Haben und das Können der Menschen auch an die nächste Generation vererbt werden. Bildungsreichtum und -armut sind in unserer Welt des fortschreitenden Wissens zur sozialen Schicksalsfrage geworden.

Die zutiefst beschämende Herkunftsabhängigkeit der Bildungschancen in Deutschland wirkt sich immer schlimmer aus. Einkommenschancen sind bildungsabhängig. Wir haben den Pisa-Schock noch nicht bewältigt. Mehr als acht Prozent der Schüler haben 2005 keinen Schulabschluss erworben. Bei Jugendlichen aus Einwandererfamilien sind es mehr als 18 Prozent. Der soziale Aufstieg in Deutschland ist blockiert.

Durch die Bildungslandschaft gehen tiefe Verwerfungen, die viel zu tun haben mit unserer gespaltenen Arbeitsgesellschaft. In diesem Sommer gibt es fast eine halbe Million weniger Arbeitslose als im Vorjahr, wir haben wieder mehr versicherungspflichtig Beschäftigte, und die Zahl der offenen Stellen steigt. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis auch der Anstrengungen SPD-geführter Bundesregierungen.

Die Unternehmen haben ihre Wettbewerbskraft gesteigert, die Gewerkschaften eine am Unternehmenserfolg orientierte, flexible Lohnpolitik verfolgt. Die Bundesregierung hat unter Führung der SPD die Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur erheblich gesteigert. Sie hat durch die umstrittene Reform am Arbeitsmarkt die Vermittlung verbessert. Wir haben begonnen, den Reformstau der Ära Kohl aufzulösen. Als radikale Stimmen ein Ende der sozialen Marktwirtschaft forderten, haben wir hart daran gearbeitet, das Modell Deutschland zu erneuern. An diesem Ziel halten wir in der Großen Koalition fest.

Das neue Wachstum und die neue Dynamik auf dem Arbeitsmarkt überwinden die Spaltung der Gesellschaft noch nicht. Es gibt drei Hauptgruppen: Erstens die Gesicherten und Chancenreichen in stabiler Beschäftigung bis hin zu den Spitzenverdienern. Zweitens die Menschen, die in Unsicherheit leben, die nur befristet und schlecht bezahlt Anstellung finden; junge Leute, die sich - vor allem auch in den neuen kreativen Berufen - von einem "Projekt" zum nächsten hangeln und deshalb auch lange zögern, Kinder zu bekommen; Ältere, die nach langjähriger Arbeit für ihren Betrieb ihre Stellung verlieren. Drittens die Ausgeschlossenen, die glauben, dass sie keine Chance mehr bekommen.

Konfrontiert mit Reformen und Veränderungen, das zeigen uns neue Umfragen, sagen zwei von drei Deutschen, das mache ihnen Angst. Sie empfinden ihr Leben als permanenten Kampf. Viele sind der Meinung, dass in unserer Gesellschaft die Mitte zerbricht. So entsteht der Eindruck eines gespaltenen Landes, in dem offenbar nur noch ein Drittel vorbehaltlos positiv in die Zukunft blickt. Demnach droht Deutschland in eine dreigeteilte Gesellschaft, eine "Dreidrittelgesellschaft", zu zerbrechen, in der das Oben und das Unten immer schärfer auseinandertreten und gerade auch die Mitte von dauerhafter Verunsicherung betroffen ist.

Zu Recht spricht die aktuelle Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland von "gerechter Teilhabe", die es zu verwirklichen gelte. Aber die wachsenden Schwierigkeiten, den sozialen Aufstieg zu schaffen, stehen diesem Ziel entgegen. Wenn der individuelle Lebenslauf nicht mehr durch individuelle Leistungen zum Besseren zu wenden ist, ist das ein Skandal, den wir keinesfalls auf sich beruhen lassen dürfen.

Doch gehören solche Erfahrungen längst zu unserem Alltag. Ein Satz, den wir sowohl von der sogenannten Generation Praktikum als auch von älteren Arbeitnehmern hören, lautet: "Ich kann und will etwas leisten, aber man gibt mir keine Chance." Wenn Menschen leistungsfähig sind und zufassen wollen, aber kein Pack-Ende finden, ruiniert das die Moral unserer gesamten Gesellschaft.

Die Leistungsgesellschaft ist ein traditionelles Leitbild der SPD. Aufstieg durch Leistung anstelle von Privilegien und sozialer Herkunft war von Anfang an Credo der Arbeiterbewegung und jedes ernsthaften Demokraten. Über Jahrzehnte war es auch das

Prinzip der Bundesrepublik. Generationen von Arbeiterkindern haben den Schritt in den Mittelstand geschafft.

Heute wird das Leitbild zunehmend unglaubwürdig. Der Leistungsgedanke gerät ernsthaft in Gefahr, und zwar nicht, weil Gesetze den Individuen keinen Bewegungsspielraum ließen. Vielmehr sind neuartige, anonyme Risikomärkte entstanden, auf denen die Leistung eines Menschen Lohn, Erfolg und Sicherheit weniger als früher bestimmt. Da geht einsatzfreudige Facharbeit einher mit Lohneinbußen. Arbeitslosigkeit droht auch bei gesunden Unternehmen, wenn sie Renditezielen eines nervösen Kapitalmarktes nicht entsprechen.

Die politisch wichtige Frage ist, wie lange eine Gesellschaft europäischer Tradition es ohne Schaden aushält, wenn ein Kernversprechen der sozialen Marktwirtschaft, Sicherheit und Aufstieg durch Arbeitsleistung zu bieten, immer wieder gebrochen wird. Leistung muss sich in einer gerechten Gesellschaft gerade für diejenigen Menschen lohnen, die nicht auf einem breiten Kapitalpolster sitzen.

Die Finanzierung der sozialen Sicherheit in Deutschland wirft mindestens in dem Maße Fragen der Leistungsgerechtigkeit auf, wie sich immer mehr Arbeitsverhältnisse dem solidarischen Prinzip entziehen. Nur aus sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen werden Beiträge in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung geleistet, und längst müssen beträchtliche Lücken aus Steuern gedeckt werden.

Abhängig Beschäftigte zahlen heute zweimal: als Steuerpflichtige und als Beitragszahler. Das vergrößert nicht nur den Abstand zwischen Brutto- und Nettolohn, es erhöht mit den Arbeitskosten auch das Arbeitsplatzrisiko. Deshalb ist ein Wechsel erforderlich, der Lohnnebenkosten senkt und die sozialen Sicherungssysteme stärker durch Steuern finanziert. Der soziale Zusammenhalt des Gemeinwesens darf nicht nur einer Gruppe aufgebürdet, die Kosten müssen von allen nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten getragen werden.

Leistung ist Grundlage unseres Wohlstands. Er muss - ebenso wie die Fähigkeit zur Solidarität - erarbeitet werden. Leistung ist also eine Voraussetzung der Solidarität. Aber was ist eigentlich die Voraussetzung der Leistung? Leistung muss sich lohnen, durch Anerkennung und Respekt ebenso wie durch gerechten Lohn, durch materielle Sicherheit ebenso wie durch eine Perspektive, die eigene soziale Lage zu verbessern.

Personalmanager, die Praktikanten nicht ausbeuten und Älteren altersgerechte Arbeit ermöglichen, Unternehmer, die Ausbildungsplätze und familiengerechte Arbeitsplätze schaffen, Finanzinvestoren, die auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen sind vorbildlich. Darüber hinaus brauchen wir politischen Willen und einen handlungsfähigen Staat, um Leistungsprinzip und solidarischen Zusammenhalt zu verwirklichen.

Leistung und Solidarität sind gleichwertige Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Leistungsblinde Finanzmärkte bedürfen der Regulierung. Eine Teilhabe der Arbeitnehmer am Haben und Sagen muss ermöglicht sein. Dazu zählt die Erkenntnis, dass nicht billiger Lohn und schneller Profit, sondern die langfristige Entwicklung guter Produkte und das anständige Einkommen der Arbeitnehmer zu wirtschaftlicher Stärke führen.

Kapital muss steuerpflichtig bleiben, um Arbeit nicht zu diskriminieren. Erbschaften müssen angemessen besteuert werden, um gleiche Startchancen zu ermöglichen. Wir brauchen eine nationale Anstrengung für erstklassige öffentliche Kindergärten und Schulen. Nur wenn jedes Kind unabhängig von der Herkunft bestmögliche Bildung bekommt, erhält Leistungsbereitschaft eine Chance, führt Talent zum Erfolg.

Angesichts der enormen wirtschaftlichen Dynamik entstehen neue Unsicherheiten in der Arbeitswelt. Die Anforderungen im Beruf werden sich in Zukunft oft stark verändern, erworbene Qualifikationen werden an Wert verlieren. Dem kann verlässliche und vorausschauende Weiterbildung entgegenwirken, die eine größere Beschäftigungsfähigkeit und eine Verstetigung der Leistungsfähigkeit bis ins Alter ermöglicht.

Das sind Elemente eines vorsorgenden Sozialstaates, der am Leistungsprinzip orientiert ist und der sozialen Zusammenhalt stiften kann. Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen hat den Sinn für soziale Gerechtigkeit nicht verloren. Aus der Mitte unserer Gesellschaft wächst der Wille zur sozial gerechten Leistungsgesellschaft.

Diesen Konsens greift die SPD auf und stellt sich den Fragen nach der Durchlässigkeit der Gesellschaft, nach der Wirksamkeit des Leistungsprinzips und nach einer sozialstaatlichen Ordnung, die auch zukünftig Sicherheit, Gerechtigkeit und sozialen Frieden bieten kann.

Artikel erschienen am 20. August 2006